



Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 – Die Perspektive der Länder Im Rahmen der sef: Workshops für Experten der Bundesländer

Rebekka Hannes

Das Jahr 2015 wird in mehrfacher Hinsicht entscheidend für die internationale Zusammenarbeit und die Entwicklungspolitik sein. Mit Ablauf der Frist für das Erreichen der Millenniumentwicklungsziele (MDGs) stehen wegweisende Entscheidungen hinsichtlich einer Folgeagenda an. Auch die Europäische Union (EU) möchte als einer der wichtigsten Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit das Jahr 2015 nutzen, um intensiv und öffentlich über die europäische Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle der Union als Akteur in der globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik zu diskutieren. Die EU hat deshalb das „Europäische Jahr der Entwicklung 2015“ ausgerufen, das in Deutschland maßgeblich von den Bundesländern umgesetzt werden wird.

Der Vorbereitung dieses Themenjahres diente die sef: Fachtagung für entwicklungspolitische Experten der Bundesländer, die die sef: gemeinsam mit dem Land Brandenburg am 20./21. Februar 2014 in Potsdam veranstaltete. Ziel der Fachtagung, zu der Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg persönlich begrüßte, war es, einen konstruktiven Dialog über die EU-Entwicklungszusammenarbeit anzuregen und gleichzeitig konkrete Ideen zur Umsetzung des Europäischen Jahres der Entwicklung durch die Bundesländer anzustoßen. Vertreterinnen und Vertreter aus 14 Bundesländern sowie weitere Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik diskutierten unter der Überschrift „Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 – Die Perspektive der Länder“ exemplarisch Chancen und Konflikte für die Länder innerhalb des EU-Mehrebenensystems und beleuchteten Handlungs- und Kommunikationsoptionen für die

Umsetzung des Europäischen Jahrs. Im Vordergrund stand dabei hauptsächlich die Frage, wie die Diskussion im Europäischen Jahr den Paradigmenwechsel in den Nord-Süd-Beziehungen widerspiegeln kann und wie die Bundesländer zu Nachhaltigkeit und Entwicklung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene beitragen.

EU und Bundesländer Post-2015

In den Verhandlungen um eine Post-2015-Agenda setzte sich die EU maßgeblich für eine Zusammenführung der Ziele globaler Entwicklung aus dem Post-Rio-Prozess und einer Nachfolgeagenda der MDGs ein, erläuterte Helge Ahrends aus dem Referat für Politik und Kohärenz in der Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit der Europäischen Kommission. Im Post-2015-Prozess gibt es vermehrt die Rufe nach einer stärkeren Rolle der EU-Mitgliedstaaten in UN Verhandlungen, wodurch die gemeinsame EU-Außenpolitik geschwächt werden könnte. Für die EU sei deshalb das Entwicklungsjahr auch wichtig, um die EU als entwicklungspolitischen Akteur wieder mehr in den Fokus zu rücken.

Bernd Nilles, Generalsekretär von CIDSE, plädierte dafür, dass eine Post-2015-Agenda weit über die Entwicklungspolitik hinausgehen müsse. Es sei Zeit anzuerkennen, dass das Modell unseres Wirtschaftens nicht im globalen Maßstab funktioniere, da wir bereits jetzt an klimatische und ressourcenmäßige Grenzen stießen. Es gehe deshalb um mehr als neue Entwicklungsziele, nämlich um einen globalen

Gesellschaftsvertrag. Um ihren Interessen Gehör zu verschaffen, sollten sich die Bundesländer in die nationalen Delegationen zu internationalen Verhandlungen einschalten.

Hinsichtlich der konkreten Umsetzung des Europäischen Jahres an der Basis wünschten sich die Vertreter der Bundesländer mehr Angebote von Seiten der EU. Als Weg, den Dialog zwischen Bundesländern und der EU anzustoßen, wurde u.a. vorgeschlagen, Veranstaltungen zur Post-2015-Agenda in den Brüs-



Helge Arends

seler Landesvertretungen durchzuführen und explizit Vertreter der EU-Kommission einzuladen. Auch die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland müsse stärker in die Pflicht genommen werden. Der Post-MDG-Prozess biete eine Chance, für die eigenen Prioritäten zu werben, das Bewusstsein in der lokalen Bevölkerung zu fördern und eine universelle Agenda mit Leben zu füllen, machte Arends deutlich.

„Entwicklungsland Deutschland“?

Konflikte im Mehrebenensystem sowie zwischen der Entwicklungspolitik und anderen Außenpolitikfeldern der EU werden unter anderen in der Handels- und Agrarpolitik der EU deutlich. David Hachfeld, Kampagnenreferent zur EU-Handelspolitik bei Oxfam, kritisierte, dass Freihandel in der europäischen Handelspolitik oft nicht nur Mittel, sondern Zweck an sich sei. Ein Trickle-Down-Effekt sei in den meisten Bereichen jedoch nicht zu beobachten. Stattdessen werde in vielen Entwicklungsländern die Abhängigkeit von wenigen Importgütern befördert und die Diversifizierung sowie der Export verarbeiteter Güter gehemmt. Entwicklungsländer hätten in dieser „einseitigen Freihandelsagenda“ wenig Möglichkeiten auf Dumpingpreise zu reagieren. Gerade in Entwicklungsländern bedeute mehr Marktöffnung nicht zwangsweise mehr Entwicklung.

Heike van Baal, Abteilungsleiterin Agrarpolitik des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen e.V. (BGA), machte deutlich, dass die Verantwortung für Weltprobleme nicht auf dem Rücken von Unternehmen abgeladen werden könne. Der Protektionismus der EU sei auch im umgekehrten Fall problematisch: Unternehmen müssten beispielsweise hohe Auflagen erfüllen, um importieren zu können. Um hier Abhilfe zu verschaffen, wurde das „Import Promotion Desk“ für die deutsche Importwirtschaft eingerichtet, das die strukturierte Importförderung bestimmter Produkte aus ausgewählten Partnerländern zum Ziel hat und bestimmten Ländern den Zugang zum europäischen Markt erleichtert. Aus Sicht der Wirtschaft sei außerdem fraglich, ob die Exportgüter der EU die Märkte in Entwicklungsländern tatsächlich beeinflussen oder gar zerstören.

Konsens unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmer war, dass die Bundesländer und die Zivilgesellschaft von der EU-Handelspolitik in ihrer eigenen Lebenswirklichkeit betroffen sind. Ein Vertreter der Bundesländer appellierte deshalb an die deutschen Länder, ihre Verantwortung, beispielsweise über Einwirkungsmöglichkeiten im Bundesrat bei der Abstimmung über Handelsabkommen, ernst zu nehmen. Auch über das Beschaffungsrecht auf Landesebene könne die Länder Druck ausüben und die Konsequenzen ihres eigenen Handelns in den Vordergrund stellen. Hinsichtlich der Umsetzung des Europäischen Jahres der Entwicklung forderte Hachfeld die Länder auf, im Europäischen Jahr keine klassische Nord-Süd-Debatte zu führen. Er wünsche sich auch Diskussionen über das „Entwicklungsland Deutschland“ oder, beispielsweise, das „Entwicklungsland Baden-Württemberg“.

Harmonisierung der Asylpolitik

Auch die EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik steht in einem Spannungsfeld zur EU-Entwicklungspolitik und betrifft die Bundesländer in der Umsetzung unmittelbar. Für Dr. Cornelia Ernst, Mitglied des Europäischen Parlaments, und Marei Pelzer, Rechtspolitische Referentin bei Pro Asyl, stellt die mangelnde Harmonisierung der Asylpolitik das größte Problem dar. „Die EU ist nach innen freizügig, nach außen jedoch nicht“, so Ernst. Auch das 2013 verabschiedete Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) werde an den tatsächlichen Verhältnissen nichts ändern. Pelzer warnte vor einer Verklärung der Entwicklungszusammenarbeit, die häufig aus den Augen verliere, dass eine Verbesserung von Lebensumständen oft erst zu mehr Migration führe.

Für Michael Tetzlaff, Unterabteilungsleiter „Migration, Integration, Flüchtlinge, Europäische Harmonisierung“ des Bundesministeriums des Inneren,

ist der bestehende Migrationsdruck auf die EU und Deutschland Grund dafür, dass in der Asyl- und Migrationspolitik vor allem die Interessen der betroffenen Staaten sowie die Belange derer, die bereits in den Ländern leben, berücksichtigt werden. Die Begrenzung und Steuerung von Zuwanderung könne bei den derzeitigen Asylbewerberzahlen kaum als Abschottungspolitik bezeichnen. Es gehe dabei auch um die Begrenzung grenzüberschreitender Kriminalität.

Die Bundesländer seien vor allem in der (finanziellen) Stärkung der Kommunen, der Entwicklung und Umsetzung funktionierender Integrationskonzepte und Stipendienprogramme für Flüchtlinge sowie der Schaffung einer positiven Öffentlichkeit gefragt. Auch in diesem Politikfeld sollten sie sich und ihre Interessen stärker in den Bundesrat und den Umsetzungsprozess neuer Richtlinien einbringen. „Die Länder sitzen bei allem, was auf EU-Ebene zu Flüchtlingen verhandelt wird, am Verhandlungstisch“, so Tetzlaff.

Kommunale Partnerschaften stärken



Teil V mit Jan-Hendrik Kamlage, Michèle Roth und Kathrin Bimesdörfer (v.l.n.r.) zum Thema „Europäisches Jahr der Entwicklung 2015: Was können die Länder tun?“

Einen Einblick in die Praxis kommunaler Entwicklungszusammenarbeit, der sich nun auch die EU verstärkt widmet, gab Christiane Overmans, Stadtverordnete in Bonn und Vizepräsidentin des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE): „Die Städte sind am nächsten am Bürger“, so Overmans. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit könne ganz unmittelbar Engagement herbeirufen, Vernetzung schaffen und Zielgruppen ansprechen. Eine besondere Qualität habe die kommunale Entwicklungszusammenarbeit auch im Bereich der Menschenrechte, da Partnerschaften bei Hinweisen auf nicht-demokratische Strukturen einem unmittelbarem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt seien. Häufig

bringe die kommunale Entwicklungszusammenarbeit den Kommunen sehr viel, ohne dass dies jedoch von der Politik wahrgenommen werde. Auch das Subsidiaritätsprinzip sieht Overmans kaum umgesetzt. De Facto seien die meisten Prozesse top-down gesteuert. Die Kommunen könnten häufig nur die Projekte umsetzen, für die es auch Fördertöpfe gäbe. Gleichzeitig wüssten die wenigsten Kommunen überhaupt, dass die EU sich nun verstärkt auf Kommunen als Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit setze. Dies berge selbstverständlich auch die Gefahr der Bildung von Doppelstrukturen. Die EU sollte hier eine Plattform bieten, sodass eine bessere Vernetzung und die Nutzung bereits vorhandener gelingender Strukturen kann.

Die Beziehung zwischen Kommunen und Ländern sei in Deutschland gespalten, so Overmans. Vor allem müsse geklärt werden, ob Kommunen als Akteure der Zivilgesellschaft oder föderale Elemente betrachtet werden. Overmans forderte mehr Kontinuität in den entwicklungspolitischen Programmen der Bundesländer und weniger „Projekt-Hopping“. „Die Kommunen wollen nicht für die PR von Bund und Ländern missbraucht werden“, machte Overmans deutlich. Gleichzeitig betrachten die Kommunen die EU häufig ausschließlich als Fördergeber. Das sei unzulänglich und das Europäische Jahr der Entwicklung biete eine Chance, dies zu ändern.

Die Bürger am Europäischen Jahr beteiligen

Der dringlichste Diskussionsbedarf unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung bestand in Optionen zur konkreten Umsetzung des Europäischen Jahres der Entwicklung. Mit welchen Formaten und auf welchen Kommunikationswegen können die Bundesländer an die Zivilgesellschaft in ihren Ländern herantreten? Wie kann die Bevölkerung einbezogen und interessiert werden?

Für Dr. Jan-Hendrik Kamlage vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen gehört auch die Zunahme von Bürgerbeteiligungen zum derzeitigen Gesellschaftswandel, der viel Bewegung und eine neue Vielfalt in die Formen politischer Partizipation und Kommunikation bringe. Zu den Chance gut gemachter Bürgerbeteiligung zählt Kamlage Akzeptanz, die Generierung von Ressourcen für öffentliche Anliegen und einen auf das Gemeinwohl angelegten Konsens: „Die Bürger speisen ihre Lebenswelt als eine Art Schwarmintelligenz in die Politik ein.“ Zu den Risiken von Bürgerbeteiligung gehören für ihn hohe Kosten, die Gefahr einer Instrumentalisierung und Schein- oder selektive Beteiligung der „üblichen Verdächtigen“ und die Schwierigkeit, Ergebnisse in die oft überkomplexen Strukturen des Politbetriebes einzupassen.

Das Europäische Jahr der Entwicklung wird, so Kamlage, von der Anbindung an lokale Gegebenheiten leben. „Mitmachveranstaltungen wie das Europäische Jahr leben von den Ideen der Bürgerinnen und Bürger“, verdeutlichte er. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft könne deshalb möglicherweise schon bei der Ausarbeitung von Maßnahmen beginnen. In Vorarlberg hätten beispielsweise Bürgerräte, die aus 12 zufällig ausgewählten Bürgern bestehen, anderthalb Tage lang ein neues Umweltprogramm entwickelt. „Die Bürger wissen am besten, was sie interessiert und motiviert“, ergänzte Kathrin Bimesdörfer von der IFOK GmbH, die konkrete Beispiele für gelungene Dialog- und Beteiligungsverfahren aufzeigte. Die Geschäftsstelle „Dialog schafft Zukunft“ des Landes NRW oder die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg sind nur zwei Beispiele für erfolgreiche Einbettung einer neuen Dialogkultur.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass für die Umsetzung des Europäischen Jahres vorhandene Netzwerke genutzt und Doppelstrukturen vermieden werden sollten. Um die Bürgerinnen und Bürger zu begeistern, müsse Entwicklungszusammenarbeit erlebbar und fassbar gemacht und der Bezug zum eigenen Leben hervorgehoben werden. Wichtig sei in diesem Zusammenhang vor allem eine bürgernahe Sprache. Begriffe wie „MDGs“ oder „Ownership“ würden jede Debatte auf lokaler Ebene ausbremsen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer trieb vor allem die Frage nach einer Permanenz der Ergebnisse des Europäischen Jahres um. Die „Aktion Europa“ im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 sei beispielsweise ins Leere gelaufen, obwohl der Prozess an sich gut war. Kamlage warnte davor, die Wirkung von Maßnahmen lediglich an der Wirkung in der Politik zu messen. Auch die Bürgerinnen und Bürger nähmen Dinge mit, engagierten sich weiter und vernetzen sich im besten Fall, auch wenn solche Erfolge häufig nicht messbar seien. Eine Maßnahme, die breite Öffentlichkeit anzusprechen, könne beispielsweise eine ARD-Themenwoche sein, schlug ein Teilnehmer vor. Auch bereits geplante Veranstaltungen wie Entwicklungstage oder beispielsweise der 2015 in Deutschland stattfindende G8-Gipfel könnten als Anlässe für Veranstaltungen zum Europäischen Jahr genutzt werden.

Das Europäische Jahr könne nur der Startschuss zu einer neuen Entwicklung und Dialogkultur sein, der Prozess selbst müsse langfristig angelegen sein, so ein entwicklungspolitischer Experte. Gleichzeitig wurde gewarnt, den Faktor Zeit nicht aus den Augen zu verlieren. Das Jahr 2015 stehe schließlich bereits fast vor der Tür, die Konzeption von Maßnahmen werde nur unter Zeitdruck möglich sein. Andere Teilnehmer zeigten sich skeptisch hinsichtlich der Ergebnisverwendung von Beteiligungsformaten. Viele Bundesländer würden deshalb eher kleinere Informations- und Debattenabende anstreben als große Beteiligungsveranstaltungen. Einig waren sich die Teilnehmer, dass Identifikationsfiguren auf lokaler Ebene unabdinglich seien. Eine Möglichkeit könnte die Ansprache und Einbindung von Mitgliedern des Europäischen Parlaments sein. Durch die nationalstaatlich verankerte Steuerung des Europäischen Jahres wurde die Aufgabe des BMZ, gemeinsam mit den Ländern einen Aktionsplan zu gestalten, sowie die finanzielle Pflicht des Ministeriums betont. Es solle jedoch auch versucht werden, „europäisches Geld für europäische Themen“ zu akquirieren.

Weitere Informationen

Die während des Workshops gezeigten Präsentationen sind auf der sef: Website abrufbar:

<http://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/expertenworkshop/workshop-fuer-experten-der-bundeslaender-2014/berichte-und-reden.html>

Reihe sef:-Länderworkshops

Die von der sef: gestaltete Workshop-Reihe für entwicklungspolitische Experten der Bundesländer sowie für ausgewählte Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wurde in Zusammenarbeit mit den Stifterländern der sef: im Jahr 2012 gestartet. Die Reihe wird im Jahr 2015 fortgesetzt.

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der SEF informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : www.sef-bonn.org

Autorin
Rebekka Hannes

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung